



Presseinformation

12. Juli 2016

Sperrfrist: Beginn der Regierungserklärung, 15.20 Uhr!

**Regierungserklärung
des Hessischen Ministerpräsidenten
Volker Bouffier**

„Europa nach dem BREXIT-Referendum – Folgen und Chancen für Hessen“

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

vor genau 100 Jahren, im Juli 1916, tobte in Nordfrankreich die Schlacht an der Somme. Mit über einer Million getöteter, verwundeter oder vermisster Soldaten war sie die verlustreichste Schlacht des Ersten Weltkriegs.

Jener Krieg, in den Europas Mächte „schlafwandelten“, wie es nicht nur der Historiker Christopher Clark in seinem Bestseller beschrieben hat, bildet die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Nur 20 Jahre später standen sich vor allem Europas Mächte wieder feindlich und kriegerisch im Zweiten Weltkrieg gegenüber. Viele Millionen Tote, Verletzte, Verstümmelte, Millionen Vertriebene, Not, Elend und ein total zerstörtes Europa waren das Ergebnis dieser zweiten Katastrophe des 20. Jahrhunderts.

Die europäische Geschichte war eine einzige Abfolge von Kriegen, die in den beiden zuvor von mir erwähnten Weltkriegen ihren traurigen Höhepunkt hatten.

Die Überzeugung, dass Europa einen grundsätzlich anderen Weg gehen müsse, fand ihren Ausdruck in der Gründung der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Vorläufer, die von großen und weitsichtigen Politikern wie Konrad Adenauer in Deutschland, Robert Schuman in Frankreich und Alcide De Gasperi in Italien propagiert und umgesetzt wurden. Die Schaffung einer Gemeinschaft, die ihre Interessen im Inneren ohne Krieg ausgleicht und im Äußeren gemeinsam ihre Interessen in einer zunehmend globalisierten Welt vertritt. Dies war und ist der Sinn der Europäischen Gemeinschaft.

Diese Europäische Gemeinschaft war eine Erfolgsgeschichte, natürlich ökonomisch, aber was mir viel wichtiger ist: Sie war und ist eine Friedens- und Freiheitsgeschichte, zunächst im Westen Europas und nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Sozialismus auch im Osten Europas. Gerade für die Staaten des ehemaligen Ostblocks war die EU ein Sehnsuchtsziel – verbunden mit der Hoffnung auf ein besseres Leben. Die EU ist nicht das Paradies, aber es gibt keine Region der Welt, in der die Menschen in Frieden, Freiheit und nie gekanntem Wohlstand leben, wie in der EU.

Deshalb sage ich mit voller Überzeugung: 60 Jahre Frieden und Freiheit ist das Beste, was es für Europa je gab. Deshalb müssen wir alles tun, um zu verhindern, dass diese Europäische Gemeinschaft zerfällt, nationale Egoisten überhand nehmen und Populisten oder gar Extremisten die Zukunft Europas gestalten.

Trotz dieser klaren und eindeutigen Position dürfen wir aber nicht die Augen davor verschließen, dass Europa-Müdigkeit, Europa-Skeptizismus oder gar Europa-Ablehnung weit verbreitet sind, ständig zugenommen haben und bei der Volksabstimmung in Großbritannien, dem sogenannten BREXIT, ihren bislang historischen Höhepunkt erreicht hat.

Ich bedaure diese Entscheidung ausdrücklich und bin überzeugt, dass sie weder für Großbritannien noch für Europa positiv zu bewerten ist.

Wenn wir heute auf Großbritannien schauen, so müssen wir feststellen, dass nach einer beispiellosen, hemmungslosen und mit einer Vielzahl schlicht unwahrer Behauptungen geführten Kampagne, nicht zuletzt auch durch weite Teile der Medien, in der Bevölkerung eine Stimmung befördert wurde, die schon nach wenigen Tagen in Katzenjammer umschlug. Man hat den Eindruck, dass gerade die Hauptverfechter des Austritts weder klare Vorstellungen hatten, wie es dann eigentlich weitergehen sollte, noch die Bereitschaft zeigten, wirklich Verantwortung zu übernehmen.

Die Parteien in Großbritannien sind in desaströser Verfassung und die Hauptprotagonisten des Austritts verlassen mehr oder weniger schmachvoll die Bühne.

Meine Damen und Herren,

wer sich so verhält, handelt verantwortungslos und verdient keine Zustimmung, sondern Verachtung. Die Umstände rund um die britische Volksabstimmung – sowohl davor als auch danach – zeigen aber auch, dass die mancherorts anzutreffende Begeisterung für Volksabstimmungen zumindest mit großer Zurückhaltung beurteilt werden sollte. Natürlich ist das Votum zu akzeptieren, aber wir sollten auch unsere Lehren daraus ziehen.

Niemand weiß, wie es jetzt eigentlich weitergehen soll. Die mehr oder weniger verantwortlichen Politiker in Großbritannien erklären nun plötzlich, dass die offizielle Austrittserklärung gar nicht

so eile und erwägen, erst im Jahre 2017 den Austrittsantrag zu stellen. Die zweijährige Frist für die Austrittsverhandlungen begänne auch erst dann.

Wie auch immer: Bei diesen Verhandlungen wird es darauf ankommen müssen, auch zukünftig Großbritannien eng an die Europäische Gemeinschaft anzubinden. Hämne oder gar Rache aus enttäuschter Liebe sind jetzt fehl am Platze. Im Gegenteil: Nicht nur die gemeinsamen Sicherheit- und geopolitischen Interessen in der NATO, sondern auch die großen Herausforderungen der Außenpolitik, des Migrationsdrucks auf Europa, der Bekämpfung des internationalen Terrorismus oder auch der Klimapolitik können in Europa nur gemeinsam und am besten mit Großbritannien erfolgreich bewältigt werden.

Umgekehrt muss aber auch gelten, dass derjenige der austreten will, sich nicht im Sinne einer Rosinenpickerei die Vorteile Europas sichern kann, ohne gleichzeitig die Verpflichtungen des gemeinsamen Europas mitzutragen. Alles andere würde die nationalistischen und separatistischen Bewegungen in Europa geradezu ermuntern, ebenfalls den Weg eines Austrittes zu gehen.

Es liegt auf der Hand, dass die Folgen des britischen Volksentscheids zu einer Schwächung Europas in der Welt führen werden, im Inneren der Europäischen Gemeinschaft eine Phase der Unsicherheit und Entscheidungsschwäche herbeiführt und nach Meinung aller Experten auch zu einer Schwächung des Wachstums und des Wohlstands in der Europäischen Gemeinschaft führt.

Dies trifft natürlich auch Deutschland und auch Hessen.

Hessen ist ein starker Standort in der Europäischen Union nicht zuletzt mit dem Sitz der Europäischen Zentralbank, mit dem Sitz der Europäischen Versicherungsaufsicht -EIOPA- und einer sehr starken wirtschaftlichen Verflechtung mit der Europäischen Gemeinschaft und Großbritannien.

Nahezu zwei Drittel der hessischen Exporte gehen in die Europäische Gemeinschaft und mit über 8 Prozent ist Großbritannien für Hessen der drittgrößte Exportmarkt.

Wenn man dann noch bedenkt, dass nach den USA Großbritannien das Land ist, in dem hessische Unternehmen am meisten direkt investieren, zeigt dies deutlich die enge wirtschaftliche Vernetzung zwischen Hessen und Großbritannien, aber auch der Europäischen Gemeinschaft insgesamt.

Es ist deshalb richtig und wichtig, immer wieder in Erinnerung zu rufen, dass ein Großteil unserer Arbeitsplätze und unseres Wohlstandes unmittelbar mit der Europäischen Gemeinschaft, dem europäischen Binnenmarkt und nicht zuletzt auch mit Großbritannien verbunden sind.

So sehr ich das Ergebnis der britischen Volksabstimmung bedaure, so ist es aber auch notwendig, so früh wie möglich sich mit den Folgen eines eventuellen Austrittes Großbritanniens für Hessen – nicht nur, aber insbesondere auch für die heimische Wirtschaft – zu beschäftigen und zum anderen aber auch die Chancen für unser Bundesland wahrzunehmen. Und wenn wir über die Chancen reden, gerät fast automatisch schon der größte Finanzplatz Kontinentaleuropas, nämlich die Region Frankfurt/Rhein-Main, in den Blick.

In den letzten Tagen sind vielfältige öffentliche Betrachtungen angestellt worden, was ein eventueller BREXIT insbesondere für die Finanzindustrie, die jetzt in London sitzt, bedeuten würde. Die Boston-Consulting-GROUP hat über 360 leitende Führungskräfte aus Großbritannien, Frankreich, den USA und Deutschland dazu befragt und kam zu dem Schluss, dass bis zu 20 Prozent der Arbeitsplätze aus diesem Bereich aus Großbritannien verlagert werden könnten und der Finanzplatz Frankfurt/Rhein Main sehr gute Chancen habe, von dieser Verlagerung zu profitieren.

Ich rate hier zur Nüchternheit und gehe davon aus, dass London auch in Zukunft ein weltweiter Finanzplatz sein wird. Umgekehrt liegt aber auch auf der Hand, dass viele Unternehmen, die jetzt in London sind, zukünftig einen starken Standort innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und wohl auch innerhalb der Europäischen Währungsunion suchen werden.

Mit dem Sitz der Europäischen Zentralbank, der Deutschen Bundesbank, einer Vielzahl von Kreditinstituten, wissenschaftlichen Einrichtungen, einer erstklassigen Infrastruktur, unserer zentralen Lage in Deutschland und Europa und nicht zuletzt ausgezeichneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gesamten Bereich der Finanzwirtschaft haben wir hervorragende Bedingungen.

Andererseits sollten wir uns nicht täuschen und klarmachen, dass dies kein Selbstläufer sein kann. Wir werden im scharfen Wettbewerb, zum Beispiel mit Dublin, Paris, Amsterdam, Mailand und Madrid stehen, und es kommt deshalb darauf an, so früh wie möglich unsere Position deutlich zu machen und für unseren Standort zu werben.

Ich habe deshalb schon in der Woche nach dem britischen Volksentscheid in Brüssel sowohl mit den verantwortlichen Fraktionen des Europäischen Parlaments, einer ganzen Reihe von Kommissaren der Europäischen Kommission und nicht zuletzt mit dem für den Kapitalmarkt zuständigen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Kommissar Dombrovskis, intensive Gespräche geführt und für unseren Standort geworben.

Dabei muss es zunächst um diejenigen Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft gehen, die nach einem Austritt Großbritanniens nicht mehr in Großbritannien bleiben können.

Unser besonderes Interesse richtet sich natürlich auf die Europäische Bankenaufsicht, aber auch auf die Europäische Arzneimittelaufsicht. Die Gründe für eine Verlagerung der europäischen Bankenaufsicht zu uns, dem starken Finanzplatz des Kontinents, liegen auf der Hand.

Aber Hessen ist auch einer der stärksten Standorte der Pharmaindustrie und vieler wissenschaftlicher Einrichtungen. Deshalb ist die Arzneimittelaufsicht für uns ebenfalls von größtem Interesse.

Es geht aber nicht nur um die staatlichen Einrichtungen, sondern auch um die vielen Unternehmen, die zur Zeit in London ihren zentralen Sitz haben und die nach meiner Überzeugung nicht zwei Jahre warten werden, um eine Entscheidung für einen Standort innerhalb der EU und innerhalb des Euro-Raums zu treffen.

Die Landesregierung hat deshalb sehr rasch beschlossen, unter Führung des Finanzministers und des Wirtschaftsministers sowie der Europaministerin die Risiken und Chancen eines Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union zu untersuchen und für unseren Standort zu werben.

Bereits in der vergangenen Woche standen diese Fragen im Mittelpunkt einer gemeinsamen Kabinettsitzung mit dem Präsidium der hessischen Unternehmerverbände. Gestern tagte das Finanzplatzkabinett in den Räumen der Deutschen Bundesbank mit dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Repräsentanten des Finanzplatzes, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Bundesregierung. Die Chancen und Risiken des BREXIT wurden hierbei mit den Repräsentanten der Bundesbank und den Experten umfassend erörtert. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass auch nach Expertenmeinung trotz der zu erwartenden Schwächung der Europäischen Gemeinschaft sich für unser Bundesland und insbesondere die Rhein-Main Region

erhebliche Chancen bieten, die wir entschlossen wahrnehmen wollen. Die anwesenden Mitglieder der Bundesregierung haben uns dazu ausdrücklich die Unterstützung der Bundesregierung zugesichert.

Wir werden deshalb in einer breiten Initiative in den bewährten Strukturen des Landes, der Region, der Stadt Frankfurt, der Wirtschaftsförderungen, der Wirtschaft und auch der Wissenschaft eine intensive Werbung für das Bundesland Hessen und hier insbesondere den Finanzplatz Frankfurt/Rhein-Main vornehmen.

Eine Stärkung des Finanzplatzes ist wichtig und gut für unser Land. Es geht dabei nicht um die viel gescholtenen Banker, sondern es geht darum, dass eine solche Stärkung unsere internationale Sichtbarkeit unterstreicht, die Attraktivität unseres Bundeslandes erhöht und wir wirtschaftlichen Zuwachs und damit Arbeitsplätze und Wohlstand mehren und für die Zukunft sichern.

Dies ist eine Chance nicht nur für die Stadt Frankfurt, sondern für die ganze Region. Daraus folgt umgekehrt auch, dass die mit einem Zuwachs an Unternehmen verbundenen Zuwächse an Arbeitsplätzen und damit auch an Bevölkerung natürlich auch Herausforderungen an uns stellen.

Die Sorge um noch stärkere Verdrängung auf einem angespannten Wohnungsmarkt, eventuelle Verteuerung der Mieten etc. nimmt die Landesregierung ernst. Ich erinnere deshalb ganz bewusst an das ganze Paket von Maßnahmen, das Frau Kollegin Hinz vor noch nicht einmal drei Monaten hier dem Hessischen Landtag vorgestellt hat. Mit der „Allianz für Wohnen“ als Bündnis der Bau- und Wohnungswirtschaft, der Kommunen, der Mieter- und Eigentümerverbände und vielen anderen wollen wir diese Herausforderung erfolgreich meistern.

Mit einer Milliarde Euro für die Schaffung von Wohnraum bis 2019 leistet das Land einen massiven Beitrag zur Errichtung neuer und auch preiswerter Wohnungen. Wenn ich davon sprach, dass dies eine Chance ist für die ganze Region, so ist auch die Schaffung von Wohnraum und die Gestaltung entsprechender Infrastruktur für die ggf. neu zu uns kommenden Menschen eine Aufgabe, aber vor allen Dingen auch eine Chance, die Wirtschaftskraft und damit auch den Wohlstand in der Metropolregion Rhein/Main weiter zu stärken. Dies wird auf ganz Hessen und weit darüber hinaus ausstrahlen.

Meine Damen und Herren,

der BREXIT ist eine historische Entscheidung und gibt uns Chancen, die wir nach menschlichem Ermessen in vielen Jahren nicht mehr haben werden. Es wäre deshalb grob fahrlässig und gegen das Zukunftsinteresse unseres Landes, wenn wir trotz der beschriebenen Herausforderungen unsere Chancen nicht wahrnehmen würden. Zukunft gestalten, heißt Risiken erkennen, Chancen wahrnehmen und Herausforderungen meistern.

Aus gegebenem Anlass will ich mich auch zu der Diskussion und der Entwicklung um eine eventuelle Fusion der Deutschen Börse mit der Londoner Börse äußern.

Die Landesregierung hält die Überlegungen zur Fusion der beiden Börsen und damit zur Schaffung einer starken Börse, die im globalisierten Wettbewerb eine wichtige Rolle spielt, für sinnvoll. Die Landesregierung teilt auch den politischen Wunsch vieler Seiten, dass der Sitz dieser fusionierten Börse hier bei uns in Hessen sein soll. Ich muss aber darauf hinweisen, dass im Gegensatz zu all denen, die sich allgemein äußern, die Landesregierung und insbesondere die zuständige Aufsichtsbehörde, das Hessische Wirtschaftsministerium, ihre Entscheidung nach Recht und Gesetz zu treffen hat. Dies bedeutet, dass eine Entscheidung erst dann getroffen werden kann, wenn überhaupt ein Antrag vorliegt und man die konkreten Umstände zum Zeitpunkt der Entscheidung kennt. An beidem fehlt es bislang. Deshalb darf eine Entscheidungsbehörde, bevor sie überhaupt einen Antrag hat, sich hinsichtlich ihrer Entscheidung nicht vorher festlegen und dies am Ende auch noch öffentlich verkünden. Ein solches Verfahren wäre grob rechtswidrig und würde mit Sicherheit einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten.

Umgekehrt gilt aber auch, dass völlig klar ist, dass die Volksabstimmung in Großbritannien und die sich daraus ergebenden Folgen für eine zu treffende Entscheidung von größtem Gewicht sind. Ich erwarte deshalb, dass von Seiten der Deutschen Börse und auch der Londoner Börse dies angemessen berücksichtigt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe zu Beginn der Regierungserklärung bewusst auf die historische Dimension des BREXIT für die Europäische Gemeinschaft hingewiesen. Nach der Entscheidung für den Austritt sind eine Vielzahl von Stellungnahmen, Aufrufen und Forderungen erhoben wurden, was Europa nun tun müsse. Die Forderungen reichen von einer Vertiefung der Europäischen Union bis zur Rückverlagerung der Kompetenzen in die nationalen Parlamente, einer Vielzahl von Programmwünschen zur Lösung insbesondere der bedrückenden Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa und sie zeichnen sich durch die Bank dadurch aus, dass sie sich in aller Regel nicht miteinander vereinbaren lassen.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, hat in einem ausführlichen Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. Juli 2016 seine Position beschrieben. Wenn er dort schreibt, „mit Herzblut und Leidenschaft für Europa“ stimme ich ihm ausdrücklich zu. Er beschreibt kenntnisreich das schwierige Geflecht der europäischen Entscheidungsprozesse und die damit verbundene Undurchschaubarkeit der einzelnen Entscheidungen für den Bürger in den Ländern Europas. Seine Antwort darauf lautet: Die Fortentwicklung der Europäischen Kommission zu einer einheitlichen Europäischen Regierung und ein einheitliches Europäisches Parlament als parlamentarisches Pendant. Ungeachtet des Umstandes, dass ich es für ausgeschlossen halte, dass weder jetzt noch in absehbarer Zeit 27 oder 28 Staaten der EU so weit reichende Entscheidungen treffen würden, halte ich eine solche Lösung auch nicht für angezeigt. Europa verbindet die Vielfalt der einzelnen Länder mit der Einheit der Europäischen Gemeinschaft. Sie war aber nicht gedacht als Auflösung der einzelnen Länder in einen einzigen Europäischen Gesamtstaat.

Wie problematisch solche Überlegungen sind, kann man auch an der aktuellen Debatte über die Frage erkennen, ob zum Beispiel das Freihandelsabkommen „CETA“ nur im Europäischen Parlament behandelt werden soll oder auch in den einzelnen nationalen Parlamenten. Den Gang der Debatte haben sie verfolgt und jenseits der juristischen Fragen, ob es sich um gemischte Verträge handelt oder nicht, muss man am Ende eine klare Antwort geben. Wer ein starkes und allein zuständiges Europäisches Parlament wünscht, der muss konsequenterweise auch auf die Befassung der nationalen Parlamente verzichten.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, will ich sehr deutlich sagen, dass ich den jetzt von der Europäischen Kommission eingeschlagenen Weg, dass sich auch die nationalen Parlamente mit diesem Abkommen beschäftigen sollen, für richtig halte.

Meine Damen und Herren,

die hohe Jugendarbeitslosigkeit insbesondere im Süden Europas ist und bleibt bedrückend und sie stellt eine große Herausforderung an uns alle dar. Wenn die Hälfte aller Jugendlichen eines Landes weder Arbeit noch Perspektive haben, kann uns das nicht kalt lassen. Und deshalb steht diese Landesregierung ausdrücklich zu ihrer Solidaritätsverpflichtung auch und gerade mit den jungen Menschen in ganz Europa, aber besonders dort, wo so hohe Arbeitslosigkeit herrscht.

Aber Solidarität und Solidität gehören zusammen. Wer jetzt wieder ruft, mit milliardenschweren Schulden finanzierten Programmen gerade das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu lösen, dem muss man entgegenhalten, dass die Europäische Kommission über sechs Milliarden Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereits zur Verfügung gestellt hat. Dieses Geld ist entweder nicht abgerufen worden oder weitgehend wirkungslos verpufft.

Schuldenfinanzierte Programme sind sehr verlockend, aber sie lösen nicht strukturelle Probleme in den Ländern, in denen hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Wenn es richtig wäre, dass hohe Verschuldung zu weniger Arbeitslosigkeit führen würde, müssten gerade die Länder im Süden Europas, die sämtlich unter extremen Schuldenbelastungen leiden, schon längst das Problem der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit gelöst haben.

Meine Damen und Herren,

in diesen Ländern sind strukturelle Maßnahmen erforderlich, um dauerhaft wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Dies ist nicht gefühllose Besserwisserei oder gar Belehrung Deutschlands gegenüber anderen Ländern, sondern die schlichte Realität und Erfahrung insbesondere aus den letzten Jahren.

Deutschland trägt besondere Verantwortung und ist auch bereit, hier in besonderer Weise mitzuhelfen, damit auch die anderen europäischen Länder dauerhaft erfolgreich sein können. Umgekehrt muss aber auch gelten, wir dürfen nicht durch ungehemmtes Schuldenmachen die

Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und insbesondere die jungen Menschen dauerhaft belasten, ohne den anderen Ländern wirklich zu helfen.

Mit Herzblut und Leidenschaft für Europa bedeutet auch, dass wir aufhören müssen, alles das, was in den jeweiligen Ländern misslingt oder mangels Entscheidungskraft nicht gelöst wird, Europa in die Schuhe zu schieben. Wir müssen im Gegenteil mehr darüber reden, was in Europa gelingt. Als Beispiel möchte ich nur darauf hinweisen, dass es gerade vor wenigen Tagen nach jahrelangen Diskussionen endlich gelungen ist, eine europäische Grenzschutzvereinbarung abzuschließen. Deren Bedeutung ist nicht zuletzt auch mit Blick auf die Herausforderungen der Migrationsbewegungen nicht hoch genug einzuschätzen.

Meine Damen und Herren,

die Europäische Gemeinschaft befindet sich nach dem BREXIT in einer schwierigen und ungewissen Situation. Man kann mit Fug und Recht von einer massiven Krise sprechen. Krisen sind aber auch Chancen.

Der erste Ehrenbürger Europas, der große französische Politiker Jean Monnet, hat schon vor rund einem halben Jahrhundert formuliert: „Europa wächst an seinen Krisen“. An diesem Wachstum für ein friedliches und für alle erfolgreiches Europa mitzuwirken und gleichzeitig für Hessen entschlossen Chancen wahrzunehmen, ist für die Landesregierung Auftrag und Verpflichtung zugleich.
